

11.2.2015 - REDE VON YANIS VAROUFAKIS AM 11. FEBRUAR 2015 BEI DER SITZUNG DER EUROGRUPPE

Herr Präsident, (Jeroen Dijsselbloem)

Liebe Kollegen,

es ist mir eine große Ehre, an dieser Sitzung der Euro-Gruppe als Finanzminister der neu gewählten griechischen Regierung teilzunehmen.

Am 25. Januar haben wir vom griechischen Volk ein starkes Mandat dafür erhalten, den Austeritätszyklus, der erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden und immense gesellschaftliche Kosten verursacht hat, zu beenden.

Die neue Regierung unter der Führung von Alexis Tsipras hat sich dazu verpflichtet, der griechischen Bevölkerung Hoffnung, Würde und Stolz zurückzugeben und eine umfassende politische Agenda umzusetzen, die die Ursachen der unterdurchschnittlichen sozio-ökonomischen Entwicklung Griechenlands bekämpfen soll.

Seit mittlerweile fünf Jahren haben viele von Ihnen endlose Stunden damit verbracht, Wege und Mittel zu diskutieren, wie wieder einmal mit einer neuen Episode in dieser scheinbar griechischen Krise umgegangen werden kann.

Ich verstehe Ihren Überdruß. Ich verstehe, dass Europa genug hat von den griechischen Dramen. Aber glauben Sie mir: Das griechische Volk hatte ebenfalls mehr als genug davon.

Es ist unser Ziel und unsere Hoffnung, dass diese Sitzung, und möglicherweise noch ein oder zwei sich daran anschließende, die letzten sein werden, auf denen Griechenland auf der Agenda stehen wird. Meine Regierung wurde gewählt, um Griechenland zu stabilisieren, zu reformieren und wachsen zu lassen, und das Land somit aus den Schlagzeilen und der künftigen Agenda der Euro-Gruppe zu nehmen.

Doch immer der Reihe nach. Erstens müssen wir uns eine sehr wertvolle Währung verdienen, ohne dabei ein wichtiges Kapitalgut zu erschöpfen: Wir müssen Ihr Vertrauen gewinnen, ohne das Vertrauen unseres Volkes – der Wähler, bei denen wir zurzeit hohe Zustimmungsraten genießen – zu verlieren. Diese Zustimmung ist ein wichtiges Kapitalgut in Europas Ringen um eine Lösung für Griechenland und im Bestreben, dem Land Stabilität und wohl auch Normalität zurückzugeben.

In diesen Zeiten der Veränderung hören wir Ihre Bedenken über die Absichten unserer Regierung. Diese Bedenken müssen wir Ihnen eindeutig nehmen.

Ich bin heute hier, um Ihnen eine deutliche Botschaft über das Programm der neuen Regierung und seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Partnern der Eurogruppe zu übermitteln.

(Regierungsverpflichtungen)

Griechenland sieht sich als Mitglied der Eurozone voll und ganz verpflichtet, in gemeinsamer Diskussion mit seinen Partnern eine Lösung zu finden, die unsere Währungsunion stärkt. Wir sind entschlossen, in gutem Glauben mit all unseren europäischen und internationalen Partnern gleichberechtigt zu verhandeln.

Unsere Staatsbürger haben die Rolle der „Troika“ in Griechenland abgelehnt. Allerdings wird unsere Regierung den Dialog und die vollständige Zusammenarbeit mit der Europäischen

Kommission, der EZB und dem IWF als Mitgliedsland der Europäischen Union, des Euro-Raums und des Fonds beibehalten. Unsere zukünftige Zusammenarbeit sollte auf gegenseitigem Vertrauen und Respekt basieren und überwiegend über die Europäische Kommission kanalisiert werden, während wir mit jeder unserer Partnerinstitutionen auf ihren jeweiligen Kompetenzfeldern zusammenarbeiten.

Wir sind stabilen öffentlichen Finanzen verpflichtet. Griechenland hat in den vergangenen fünf Jahren eine enorme Anpassung mit immensen gesellschaftlichen Kosten durchlaufen. Das Defizit liegt jetzt nominal betrachtet bei unter 3%, nach noch 15% im Jahr 2010. Der Primärüberschuss des Landes lag Ende des vergangenen Jahres bei 1,5%. Der strukturelle Saldo erreichte mit einem vom IWF gemessenen Überschuss von 1,6% den besten Wert in der EU.

Die neue Regierung sieht diese Anpassung als ihren Ausgangspunkt. Wir wünschen uns jetzt auf Basis eines neuen Verhältnisses von beiderseitigem Nutzen mit unseren europäischen Partnern voranzuschreiten.

Wir sind zu tiefgreifenden Strukturreformen entschlossen.

Unsere Reformagenda zielt darauf ab, neues Vertrauen bei den griechischen Staatsbürgern, wirtschaftliches Wachstum und Glaubwürdigkeit in Europa zu schaffen. Sie erkennt die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen an, um hierdurch den langfristigen Erfolg Griechenlands innerhalb der Eurozone zu verankern.

Unsere Regierung wird die reformorientierteste Regierung in der modernen Geschichte Griechenlands sein und sich unter den enthusiastischsten Reformern in Europa befinden. Warum? Einfach weil wir an keine Interessengruppe gebunden sind. Wir werden Ergebnisse für die Menschen liefern, nicht für Freunde oder Förderer.

Wir werden uns nicht nur zu Reformen verpflichten; wir werden sie auch verwirklichen.

Heute Morgen hat uns der Generalsekretär der OECD seine Unterstützung für diese Aufgabe zugesagt. Ihre Hilfe, die Hilfe der Kommission, die Hilfe des IWF werden in wichtigen Bereichen ebenfalls notwendig sein, in denen mächtige oppositionelle Interessen fest verwurzelt sind und in denen die politischen Herausforderungen besonders hoch sind. Wir mögen vielleicht als Regierung unerfahren sein, aber wir genießen erhebliche Unterstützung für den Abbau der Bürokratie und das Durchtrennen des gordischen Knotens des persönlichen Interesses bei einer Bevölkerung, die einfach die Nase voll hat.

Wir stehen bereit, um die zuvor mit den Partnern der Euro-Gruppe vereinbarten Strukturreformen hinsichtlich Steuereintreibung, öffentliches Finanzmanagement, Reform der öffentlichen Verwaltung, Verbesserung des Geschäftsklimas, Justizreform, Raumplanung und Kampf gegen die Spekulation. Sie stehen vollkommen in Einklang mit unserem politischen Mandat, und wir werden sie sogar beschleunigen.

Wir werden beispiellose Maßnahmen im Kampf gegen die Korruption und die Steuerhinterziehung sowie zur Durchsetzbarkeit von Steuern ergreifen, mit Betonung auf die Gestaltung von Transferpreisen in großen, im Ausland tätigen Unternehmen.

Wir möchten Gesetzesvorschläge zur Stärkung des rechtlichen Rahmens für eine unabhängige Steuerbehörde diskutieren.

Der Erfolg bei der Lösung dieser Probleme wird entscheidend von Ihrer technischen Unterstützung abhängen – nicht zuletzt deshalb, weil diese das Vertrauen zwischen uns und Ihnen stärken wird.

Ein umfassendes Gesetzespaket wird für die Wirtschaft günstige Konditionen schaffen, das Geschäftsklima verbessern und die Spekulation eindämmen, insbesondere im Ölsektor, im Beschaffungswesen, im Bausektor, im Finanzsektor und im Medienbereich.

Wir werden die Abläufe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dank eines zentralisierten Systems, einer effizienten Überwachung und eines elektronischen Beschaffungswesens (e-Procurement) transparenter gestalten.

Wir werden die Gesamteffizienz des öffentlichen Sektors verbessern, um die Qualität der Dienstleistungen für jeden Staatsbürger zu erhöhen und die Verwaltungsaufwand zu senken.

Darüber hinaus werden wir eine Reihe selbst entwickelter Reformvorschläge unterbreiten, mit dem Ziel die Konjunktur anzukurbeln und die volkswirtschaftliche Effizienz zu erhöhen.

Die Investitionen sollten in Griechenland und in ganz Europa wiederbelebt werden.

Wir wollen Infrastrukturprojekte mit öffentlichen und privaten Investoren und mit Hilfe der EU neubeleben. Tatsächlich haben wir selbst einige innovative Ideen, die helfen könnten, unproduktive Ersparnisse auf dem gesamten Kontinent in produktive Investitionen zu lenken. Dies würde die gegenwärtigen Anstrengungen der Kommission zur Steigerung der Investitionen und der Europäischen Zentralbank im Kampf gegen die deflationären Kräfte unterstützen.

Mit Blick auf Griechenland wollen wir Investitionen tätigen, die die Energiekosten für die Mittel- und Großindustrie verringern, Innovationen und Neugründungen von Unternehmen unterstützen und eine Verlagerung zu Sektoren mit vergleichbaren Vorteilen und Exportpotential fördern, darunter der Pharmaziesektor, die Bio-Landwirtschaft, die Leichtindustrie, Energieressourcen, wobei die Betonung natürlich auf erneuerbare Energien liegt.

Im Hinblick auf Privatisierungen und die Entwicklung staatlicher Vermögenswerte ist die Regierung vollkommen undogmatisch. Wir sind gewillt und bereit, jedes einzelne Projekt auf seinen eigenen Nutzen hin zu überprüfen. Medienberichte dahingehend, dass die Privatisierung des Hafens von Piräus gestoppt wurde, sind völlig unzutreffend. Tatsächlich werden ausländische Direktinvestitionen gefördert, solange der Staat sich dabei einen langfristigen Einnahmenstrom sowie ein Mitspracherecht im Hinblick auf Arbeitsbeziehungen und Umweltfragen sichert.

An einem schnellen Ausverkauf öffentlichen Eigentums zu einem Zeitpunkt stark gedrückter Vermögenswertpreise kann niemandem etwas gelegen sein.

Stattdessen wird die Regierung eine Entwicklungsbank schaffen, die öffentliche Vermögenswerte halten wird, ihren Kapitalwert durch eine Reform der Eigentumsrechte erhöhen wird, und sie in Zusammenarbeit mit europäischen Investitionsinstitutionen, wie zum Beispiel der Europäische Investitionsbank, als Sicherheiten zur Bereitstellung von Finanzierungen für den griechischen Privatsektor verwenden wird.

Wir wollen zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um den Bankensektor von notleidenden Krediten zu bereinigen, damit die Banken wieder in der Lage sind, den Mittelstand und die Privathaushalte zu unterstützen.

Mehrere irreführende Berichte, dass wir vorherige Reformen rückgängig gemacht und unseren öffentlichen Haushalt ausgeweitet hätten, haben zu Missverständnissen mit unseren Partnern geführt. Ganz im Gegenteil: Die vom Premierminister verkündeten Maßnahmen im Hinblick auf die Wiedereinstellung von Reinigungskräften der Steuerbehörde, Schulwächter und der Mitarbeiter der öffentlichen Rundfunkanstalt haben (1) keine negative Auswirkung auf

die Wettbewerbsfähigkeit und (2) keine Auswirkung auf den Staatshaushalt, da dies durch Einsparungen in anderen Bereichen des Staatshaushalts finanziert wird. Beispielsweise sind es nur 2013 Beschäftigte, die ungerechtfertigt entlassen wurden und wiederingestellt werden. Das ist eine kleine Zahl, die mit den 15 000 Neueinstellungen verglichen werden muss, die der Staatshaushalt für 2015 beinhaltet, der von der vorherigen Regierung verabschiedet wurde.

In Bezug auf zwei weitere gefühlsgeladene Themen lassen Sie mich klarstellen, dass die von uns angekündigte Rückgängigmachung der Rentenkürzungen nur Rentner unterhalb der Armutsgrenze betrifft und weniger als 2 Euro pro berechtigten Rentner ausmacht – insgesamt etwa 9,5 Millionen Euro. Der Grund für unsere Ankündigung ist einer, auf den ich in unseren Diskussionen immer wieder zurückkommen muss: Die erschreckende humanitäre Krise als Ergebnis der Schulden-Deflation.

Was den Mindestlohn betrifft, so wird die Regierung allmählich ab September, nach Beratung mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften, das Niveau von 2012 wieder einführen. Da dies nur den Privatsektor betrifft, wird sich dies, wenn überhaupt, recht positiv im Staatshaushalt bemerkbar machen, da sein Multiplikatoreffekt hoch ist und die Steuereinnahmen voraussichtlich über die betroffenen Beschäftigten hinausgehend gestärkt werden. Wird dieser Schritt die Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors verringern? Die Regierung verpflichtet sich zu Reformen, z.B. eine Verringerung der Sozialabgaben an die Sozialversicherung, die sicherstellen, dass das nicht passiert.

(Eine neue Partnerschaft)

Die neue Partnerschaft, die wir Ihnen vorschlagen, sollte auf realistischen Zielen und einer effizienten Wirtschaftspolitik basieren.

Wir erkennen an, dass das vorherige Anpassungsprogramm Verpflichtungen sowohl von Griechenland als auch seinen Partnern in der Euro-Gruppe widerspiegelte.

Wir erkennen die gewaltigen Anstrengungen an, die die Steuerzahler in Ihren Ländern unternommen haben, um die Schulden Griechenlands zu stützen und die Integrität des Euro sicherzustellen.

Allerdings wurden unserem Land und unserer Bevölkerung unrealistische und schädliche Haushaltsziele auferlegt, die deshalb revidiert werden müssen. Ein Primärüberschussziel von Jahr für Jahr 4,5% des BIP ist einmalig in der Geschichte für ähnliche Situationen wie die, in der sich Griechenland heute befindet. Unser Land kann einfach nicht wachsen, wenn wir auf dem wachstumsunterminierenden Austeritätspfad bleiben, der unserer Volkswirtschaft auferlegt wurde. Das Ziel ist auch nicht konsistent mit einer nachhaltigen Verringerung der Verschuldung relativ zum BIP.

Das neue Abkommen, das wir mit Ihnen diskutieren möchten, sollte diese Tatsache berücksichtigen.

Unser Ziel, anhaltende Primärüberschüsse zu erzielen, wird unser Mantra bleiben. Wir schlagen ein Primärüberschussziel von maximal 1,5% des BIP vor, sobald sich die gegenwärtige beunruhigende wirtschaftliche Lage hat, und solange wie notwendig, um die zugrundeliegenden Ziele zu erreichen. Es kann gezeigt werden, dass dieses Ziel unter sehr vernünftigen Annahmen ausreicht, um die Verschuldung auf einen Abwärtspfad zu bringen.

Das neue Abkommen wird auf Reformen aufbauen, die von den Staatsbürgern und den griechischen Institutionen „anerkannt“ sind, wobei viele Elemente der zuvor vereinbarten wirtschaftspolitischen Agenda übernommen werden. Dies bedeutet auch, dass die Hoffnung auf einen geteilten Wohlstand wiederbelebt werden muss.

Wir möchten mit Ihnen diese selbst konzipierte Agenda diskutieren, die sowohl unsere potenziellen als auch spezifischen Sachzwänge widerspiegelt. Wir möchten, dass unser Wirtschaftswachstum integrativ ist, und zwar auf Basis von Investitionen und Produktivitätsfortschritten. Wachstum auf Basis weiterer Lohnkostensenkungen kann in Griechenland nicht funktionieren und ist von unserer Bevölkerung abgelehnt worden

Basierend auf realistischeren Primärüberschusszielen und unserer selbst entwickelten, gänzlich anerkannten Reform- und Wachstumsagenda wird das von uns vorgeschlagene neue Abkommen einen tragfähigen Schuldenpfad wiederherstellen.

Wir laden den IWF zur Zusammenarbeit ein, um gemeinsam die Tragfähigkeit der griechischen Verschuldung aufbauend auf den Verpflichtungen der Regierung zu beurteilen. Diese neue Schuldentragfähigkeitsanalyse (Debt Sustainability Analysis, DSA) sollte die Vorzugsbedingungen der griechischen Staatsschulden wegen ihrer sehr langen Laufzeit und niedrigen Verzinsung widerspiegeln.

Dennoch sind voraussichtlich zusätzliche Maßnahmen notwendig, um die Kapitalmarktfähigkeit Griechenlands wiederherzustellen.

Die Euro-Gruppe verpflichtete sich im November 2012, dieses Problem anzugehen, sobald Griechenland wieder Primärüberschüsse aufweisen würde, was im Jahr 2014 der Fall war, und was auch für 2015 der Fall sein wird, sobald sich die gegenwärtige Lage stabilisiert. Diese Diskussion sollte neu eröffnet werden, wenn wir unser neues Abkommen diskutieren.

Griechenland wird zu gegebener Zeit bereit sein, seinen Partnern konkrete Vorschläge in Bezug auf eine Reihe innovativer Instrumente zu unterbreiten, die darauf abzielen, die Schuldenlast effizient zu verringern, darunter auch Schuldenswaps.

Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass eine umfassendere Debatte zu Schuldenproblematik in Europa nötig ist. Wir begrüßen Herrn Dijsselbloems jüngste Aussage im Rahmen unserer gemeinsamen Pressekonferenz in Athen, dass die Euro-Gruppe das geeignete Forum für eine dauerhafte europäische Schuldenkonferenz ist, die sich mit Schuldenproblemen der Mitgliedsländer des Euro-Raums befasst. Deshalb schlagen wir die Einrichtung einer spezifischen Arbeitsgruppe innerhalb der Eurogruppe vor, die Vertreter und Experten aus den Mitgliedsländern zusammenbringt.

(Ein Brückenprogramm)

Es wird eine gewisse Zeit dauern, bis sich Griechenland und die Euro-Gruppe und internationale Partner auf einen neuen wirtschaftspolitischen Rahmen geeinigt haben werden.

Bis dahin ist es für uns alle in den nächsten Monaten ein unmittelbares Anliegen, den Finanzierungsbedarf Griechenlands zu decken.

Bis Juni hat Griechenland Zahlungen in Höhe von € 5,2 Mrd. an den IWF zu leisten. Unsere Regierung ist fest entschlossen, diese Zahlungen zu leisten, wenn möglich direkt an den IWF.

Um unseren sofortigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, bitten wir die Eurogruppe entsprechend vorheriger Zusagen das ausstehende SMP-Anleihen bezogene Eurosystemeinkommen in Höhe von €1.9 Mrd. auszuzahlen. So sind wir offen für die Idee, dass die EZB diese Finanzmittel anstelle der ausstehenden Tilgungen Griechenlands direkt an den IWF transferiert.

Darüber hinaus schlagen wir dringend die Vorbereitung eines Brückenfinanzierungsmechanismus vor, um sicherzustellen, dass Griechenland in den kommenden Monaten ausreichend Liquidität zur Verfügung steht.

Im Juli und im August stehen neben zusätzlichen Zahlungen an den IWF Tilgungszahlungen in Höhe von €6,7 Mrd. an die EZB (als Inhaber der SMP-Anleihen). Diese Zahlungsverpflichtungen üben einen sehr außerordentlichen Druck auf den Finanzierungsbedarf Griechenlands in 2015 aus.

Wir haben Vertrauen, dass vor dem Sommer eine Vereinbarung getroffen werden kann, besonders unter Mitwirkung des IWF, die Lösungen und Finanzquellen zur Deckung dieses Finanzierungsbedarfs aufdeckt.

(Fachliche Ausweitung)

Lassen sich zuletzt noch fachliche und rechtliche Probleme im Hinblick auf die bestehende Kreditvereinbarung ansprechen.

Wir verstehen vollkommen, dass die Termine in Bezug auf die bestehende Kreditvereinbarung zur Wahrung von Stabilität vorgezogen werden müssen, damit Zeit für Diskussionen bleibt und mit der SMP-Anleihe in Verbindung stehende Finanzmittel und möglicherweise andere Finanzmittel ausgezahlt werden können. Wir möchten Sie daran erinnern, dass die jetzige Frist des 28/2/2015 völlig willkürlich ist und allein ein Ergebnis der Wahlkampfstrategie der Vorgängerregierung und der Wunsch, uns gleich bei Amtsübernahme mit diesen Schwierigkeiten zu konfrontieren. Es ist an der Zeit, in gutem Glauben, dass diese Manöver aufhören und wir uns ernsthaft an die Arbeit machen.

Wir sind bereit im Hinblick auf die nächste Sitzung der Eurogruppe, die auf nächsten Montag, den 16. Februar 2015, terminiert ist, eine Revision dieser Termine nachzusuchen.

Lassen Sie mich jedoch eines sehr deutlich machen: Die Regierung bittet um eine Revision dieser Termine unter der Bedingung, dass dies der Beginn wirklicher Verhandlungen in gutem Glauben ist, mit dem Ziel einen unterschiedlichen Vertrag zwischen uns zu formen, der auf einem realistischen Primärüberschuss und effizienten und sozial gerechten Strukturpolitischen Maßnahmen basiert, darunter selbstverständlich viele von uns akzeptierte Elemente des vorherigen Programms. Zu diesem Zeitpunkt benötigen wir Zusicherungen.

Wir können die Revision dieser Termine als „Brücke“ zu einer neuen Partnerschaft und notwendige Bedingung für die Debatte akzeptieren. Allerdings kann so eine Verlängerung nicht als Einwilligung in die Logik und die Teile der vorherigen Agenda verstanden werden, die von unserem Volk abgelehnt wurden.

Wir schlagen vor, dass das Brückenprogramm den Zeitraum bis Ende August abdecken soll. Damit besteht ausreichend Zeit, um eine Einigung über die Bedingungen unserer Partnerschaft zu erzielen. Eine Partnerschaft, die unsere Seite zu tiefgründigen Reformen verpflichtet wird, aber auch die schreckliche humanitäre Krise Griechenlands anerkennt und angeht.

Liebe Kollegen,

Europa ist vereint und unzertrennbar, und die griechische Regierung sieht Griechenland als dauerhaftes und untrennbares Mitglied der Europäischen Union und unserer Währungsunion.

Es gibt unbestreitbar verschiedene Wege eine Wirtschaftspolitik zu fördern, die das Wirtschaftswachstum wirklich anregt und steigert, Haushalts- und Finanzstabilität aufrechterhält sowie die dringlichsten Bedürfnisse der Bevölkerung abdeckt.

Einige von Ihnen waren nicht glücklich über den Sieg einer linksgerichteten, einer radikal linksgerichteten Partei. Diesen Kollegen habe ich dieses zu sagen: Es wäre eine verschenkte Gelegenheit, uns als Gegner zu betrachten.

Wir sind engagierte Europabefürworter. Unser Volk liegt uns tief am Herzen, aber wir sind keine Populisten, die allen Menschen alles versprechen. Darüber hinaus können wir die griechische Bevölkerung in eine Vereinbarung mitführen, die wirklich vorteilhaft für den durchschnittlichen Europäer ist. Sie finden in uns vertrauenswürdige Partner, die diese Sitzungen nicht als Mittel dazu ansehen, aus Nichts etwas herauszuholen oder etwas auf Kosten anderer zu gewinnen.

Ich freue mich schon auf die jetzt folgende Diskussion im Sinne echter Zusammenarbeit und Partnerschaft und darauf, mit Ihnen dieses neue Kapitel in unserer Beziehung zu schreiben.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

EUROGRUPPEN-TREFFEN – 11.02.2015 - BRÜSSEL **„NON-PAPER“ DER GRIECHISCHEN REGIERUNG**

Am 25. Januar haben die griechischen Staatsbürger ein eindeutiges Zeichen für den Wandel und für ihre Unterstützung des von SYRIZA vorgeschlagenen neuen gesellschaftlichen Vertrags für politische Stabilität und volkswirtschaftliche Sicherheit gesendet.

Die neue Regierung ist entschlossen eine Wirtschaftspolitik umzusetzen, die die griechische Sozialwirtschaft tiefgreifend reformieren, die Spekulation vermindern, die Mitgliedschaft im Euro verankern und den Willen des griechischen Volkes widerspiegeln wird. Diese Wirtschaftspolitik wird die humanitäre Krise angehen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, Gerechtigkeit und Würde wiederherstellen, die griechische Bevölkerung wieder auf eigene Füße stellen und die Wirtschaft auf den Wachstumspfad zurückführen.

Die Regierung weiß, dass eine Verbesserung des täglichen Lebens der Staatsbürger makroökonomische, fiskalische und finanzielle Stabilität erfordert. Deshalb strebt die griechische Regierung die Aufrechterhaltung solider öffentlicher Finanzen und der Stabilität des Finanzsektors an. In dieser Hinsicht ist sie bereit, sich zu realistischen und vernünftigen quantitativen Zielen zu verpflichten.

Es ist möglich, eine Wirtschaftspolitik zu fördern, die die Wirtschaft wieder wachsen lässt und die Haushaltsstabilität aufrechterhält, während gleichzeitig die dringlichsten Bedürfnisse des Volkes befriedigt werden. Diese Form der Wirtschaftspolitik, die sich auf die wirtschaftliche Entwicklung, Investitionen, gesellschaftliche Bedingungen und eine verbesserte öffentliche Verwaltung konzentriert, sollte Bestandteil der neuen Vereinbarung zwischen Griechenland und seinen Partnern der Eurogruppe sein.

Griechenland hat in den vergangenen fünf Jahren eine außergewöhnliche Anpassung durchgemacht. Das Defizit des Landes liegt heute bei weniger als 3% des BIP, nach noch 15% des BIP in 2010. Sein primärer Haushaltsüberschuss hat 1,5% erreicht; sein struktureller Saldo, also unter Berücksichtigung der Produktionslücke gemäß IWF, ist auf 1,6% gestiegen, und liegt damit in Europa mit am höchsten.

Die neue Regierung sieht diese Anpassung als ihren Ausgangspunkt. Es ist jetzt die Aufgabe, die griechische Volkswirtschaft und Gesellschaft, die einen immensen und nicht tragfähigen Preis gezahlt hat, zu stabilisieren und das macht eine Veränderung der vorherigen Wirtschaftspolitik erforderlich. Es wird jedoch eine gewisse Zeit dauern, bis sich Griechenland und seine Partner auf einen neuen wirtschaftspolitischen Rahmen geeinigt haben werden. Die Regierung schlägt seinen Partnern der Eurogruppe vor, einem Brücken- und Stabilitätsprogramm für die nächsten sieben Monate (z.B. bis Ende August) bei einer 90-tägigen Verhandlungsperiode über die Bedingungen zu Beginn des Programms sofort zuzustimmen. Dies wird einen angemessenen Zeitrahmen bieten, um sich auf eine Wirtschaftspolitik zu einigen und diese umzusetzen, die die Gesellschaft heilt, Vertrauen zurückbringt sowie Wachstum und Entwicklung in Griechenland fördert.

Wirtschaftspolitische Ziel & Verpflichtungen der griechischen Regierung

Die Regierung ist bereit, sich zu folgendem zu verpflichten:

1. Solide und nachhaltige öffentliche Finanzen

Die Regierung verpflichtet sich in 2015 einen Primärüberschuss von 1,5% zu erwirtschaften, wenn sich die Lage im Land stabilisiert hat, und dieses Ziel so lange aufrechtzuerhalten bis normale Bedingungen wiederhergestellt und sich die Schuldenquote eindeutig verringert.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Regierung Ausgabenmaßnahmen unterlassen, die dieses Ziel gefährden könnten, und sie wird ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Steuereintreibung erhöhen. Ausgabenerhöhungen werden sich auf Investitionen konzentrieren, die von der Europäischen Investitionsbank und anderen externen Quellen finanziert werden, sowie auf Maßnahmen, die die humanitäre Krise bekämpfen, darunter ein Lebensmittelmarkenprogramm, eine Mindestversorgung mit Strom und Heizung sowie eine Grundversorgung im Transport. Da diese durch inländische Finanzmittel finanziert werden müssen, werden sie durch zusätzliche Einnahmen oder anderweitige Ausgabenkürzungen ausgeglichen, damit die Haushaltsziele eingehalten werden können.

Unrealistische Haushaltsziele sind schädlich und müssen revidiert werden. Das Primärüberschussziel von mittelfristig 4,5% des BIP und von langfristig 4% war vollkommen willkürlich und ist einmalig in der Geschichte für die Umstände, in denen sich Griechenland befindet und findet unter renommierten Ökonomen praktisch keine Unterstützung. In der Realität ist die Verfolgung eines derartigen Ziels nicht tragfähig und es muss revidiert werden, wenn das Ziel einer deutlichen Verringerung der Schuldenquote erreicht werden soll.

Unwägbarkeiten während der Wahlen in Griechenland und im Hinblick auf den letzten Status Griechenlands im Hinblick auf Europa haben die Konjunktur und die Haushaltslage in den vergangenen zwei Monaten beeinträchtigt. Ein erster wesentlicher Schritt ist die sofortige Stabilisierung des Bankensystems und die Wiederherstellung von Vertrauen in Griechenland als vollständiges und dauerhaftes Mitglied der Eurozone. Die Regierung Griechenlands beantragt die sofortige Zusage und Unterstützung der Partner der Eurogruppe in dieser Hinsicht.

2. Aufrechterhaltung der Stabilität des Finanzsektors

Die Stabilität des griechischen Finanzsektors ist von entscheidender Bedeutung für die Regierung und Anlass zu unmittelbarer Besorgnis für den gesamten Euro-Raum.

Nach der Entscheidung des EZB-Rats vom 4. Februar bleiben die griechischen Banken vollständig sicher, da sie Zugang zu der Emergency Liquidity Assistance (ELA) der Bank of Greece haben.

Die Regierung rechnet damit, dass eine Vereinbarung mit seinen Partnern der Eurogruppe im Hinblick auf ein Brückenprogramm es dem EZB-Rat ermöglichen wird, die Ausnahmeregelung für die Berechtigung griechischer Schuldtitel für Refinanzierungsgeschäfte im Eurosystem zu erneuern.

Auf mittlere Sicht sind weitere Maßnahmen erforderlich, um den Bankensektor zusätzlich zu unterstützen. Die Regierung möchte gerne mit seinen Partnern die Mobilisierung der verbliebenen, noch nicht verwendeten Ressourcen aus dem Hellenic Financial Stability Fund (ungefähr EUR 8 Milliarden) zur weiteren Stärkung des Bankensystems diskutieren. Die Regierung ist bereit konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie die verbliebenen HFSF-Finanzmittel verwendet werden könnten, um die Banken von ihren notleidenden Krediten zu befreien. Des Weiteren sollte das HFSF-Management transparenter und effizienter gestaltet werden.

3. Die Adressierung des sofortigen Finanzierungsbedarfs

Es ist ein unmittelbares Anliegen der griechischen Regierung, den Bruttofinanzierungsbedarf des Landes zu decken.

Bis Juni hat Griechenland Zahlungen in Höhe von €5,2 Mrd. an den IWF zu leisten. Die Regierung ist fest entschlossen, diese Zahlungen zu leisten. Die Regierung blickt mit Zuversicht

auf eine positive Diskussion mit dem IWF im Hinblick auf eine Erneuerung des Finanzierungsabkommens auf Basis einer aktualisierten DSA.

Um den sofortigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, bittet die Regierung die Eurogruppe entsprechend ihrer vorherigen Zusagen das ausstehende SMP-Anleihen bezogene Eurosystemeinkommen in Höhe von €1.9 Mrd. auszusahlen. Nach Juni stehen im Laufe des Sommers Tilgungszahlungen in Höhe von €6,7 Mrd. an die EZB als Inhaber von SMP-Anleihen an. Diese Zahlungsverpflichtung übt einen sehr außerordentlichen Druck auf den Finanzierungsbedarf Griechenlands in 2015 aus.

Die Regierung rechnet damit, dass es zu einer Einigung hinsichtlich der Emission von Schatzwechseln kommen wird, damit dieser außergewöhnlich hohe Finanzierungsbedarf abgedeckt werden kann. Dies würde den Schuldenstand nicht beeinflussen, sondern nur die Zusammensetzung der Schulden.

4. Schuldentragfähigkeit

Die Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit ist eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele der griechischen Regierung. Es werden zusätzliche Maßnahmen nötig sein, um die langfristige Solvenz Griechenlands wiederherzustellen und die Fähigkeit des Landes sicherzustellen, in naher Zukunft an den Kapitalmärkten zu vernünftigen Kosten Kredite aufnehmen zu können.

Die Eurogruppe verpflichtete sich im November 2012, dieses Problem anzugehen, sobald Griechenland wieder Primärüberschüsse aufweisen würde, was im Jahr 2014 der Fall war, und was auch für 2015 der Fall sein wird.

Die Fachmitarbeiter des IWF sollten eng mit dem griechischen Team zusammenarbeiten, um die Entwicklung eines nachhaltigen Schuldenprogramms zu unterstützen, das die Erfahrung der jüngeren Vergangenheit vollständig berücksichtigt. Solch eine Regelung könnte, gestützt durch quantitative Ziele, die durch Parteien ohne Interessenkonflikte überprüft würden, eine Form der Vereinbarung bilden, die die Regierung und die Partner der EU und bilaterale Kreditgeber akzeptieren könnte.

Innerhalb diesen Rahmens ist die Regierung bereit Optionen zu diskutieren, die Griechenland den notwendigen Raum zum Atmen und letztlich die Mittel zur Wiederherstellung des Zugangs zu den Kapitalmärkten bringen würden. Diese Optionen wären Bestandteil eines „neuen Abkommens“, das zwischen Griechenland und seinen Partnern vereinbart würde. Sie wären vollkommen konsistent mit (i) dem neuen realistischeren Haushaltsrahmen, der noch zu vereinbaren wäre; (ii) einer aktualisierten Schuldentragfähigkeitsanalyse (Debt Sustainability Analysis) des IWF unter Berücksichtigung dieser neuen Annahmen und (iii) einem positiven Programm für Wachstum und gesellschaftliche Entwicklung, zu dem die Regierung und das griechische Volk fest entschlossen sind.

Griechenland wird zu gegebener Zeit bereit sein, seinen Partnern konkrete Vorschläge in Bezug auf eine Reihe innovativer Instrumente zu unterbreiten, die darauf abzielen, die Schuldenlast effizient zu verringern, darunter auch Schuldenswaps.

5. Die neue Reform-Agenda

Die griechische Regierung arbeitet an einer neuen Agenda für Wachstum und Struktur-reformen. Die neue Agenda wird die Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs Griechenlands bekämpfen und dabei helfen, das sozioökonomische Modell Griechenlands zu modernisieren.

Die Regierung plant Maßnahmen zur Verringerung der Steuerhinterziehung, der Steu-erimmunität, des Schmuggels, von Kartellen und der Spekulation. Reformen werden die

Durchsetzung der Einkommenssteuer, der Mehrwertsteuer und der Sozialbeiträge verbessern und die Steuerhinterziehung bekämpfen, mit Betonung auf die Gestaltung von Transferpreisen in großen, im Ausland tätigen Unternehmen. Die Regierung ist bereit zu Diskussionen im Hinblick auf die Stärkung des rechtlichen Rahmens für eine unabhängige Finanzbehörde innerhalb des Finanzministeriums.

Ein ganzes Gesetzespaket wird das Geschäftsklima verbessern und die Spekulation untergraben, insbesondere im Ölsektor, im Finanzsektor und im Medienbereich. Die Abläufe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden dank eines zentralisierten Systems, einer effizienten Überwachung und e-Procurement transparenter gestaltet werden. Reformen werden die Gesamteffizienz des öffentlichen Sektors verbessern um die Qualität der Dienstleistungen für jeden Staatsbürger zu erhöhen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die den sozialen Zusammenhalt ausgehöhlt haben, sind gescheitert und werden beendet.

Auslandsinvestoren bleiben willkommen, und die Regierung wird ihre Investitionen in Griechenland unterstützen. Im Hinblick auf Privatisierungen und die Entwicklung staatlicher Vermögenswerte ist die Regierung gewillt und bereit jedes einzelne Projekt auf seinen eigenen Nutzen hin zu überprüfen.

Die Regierung wird eine nationale Entwicklungsbank schaffen, an die verschiedene öffentliche Vermögenswerte transferiert werden, um Inlandsinvestitionen anzuregen und die Konjunkturerholung zu stützen sowie um KMUs zu unterstützen. Die nationale Entwicklungsbank wird eine führende Rolle dabei spielen, Kredite der EIB für private Projekte in Griechenland zu kanalisieren.

Auf Anfrage der griechischen Regierung hat der Generalsekretär der OECD zugesagt, fachlichen Beistand bei der Ausarbeitung, Umsetzung und Überwachung dieser neuen Reformagenda zu leisten.

7. Ein neues Abkommen für eine neue Agenda

Diese neue Agenda wird vielen der im vorherigen wirtschaftspolitischen Programm zwischen Griechenland und den Partnern der Eurogruppe vereinbarten Maßnahmen neue Dynamik verleihen, darunter im Hinblick auf Steuerpolitik, Einnahmenverwaltung, öffentliches Finanzmanagement, Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, Einsammlung der Sozialbeiträge, Förderung von Geschäftsinvestitionen, Raummanagement und -planung sowie Reform der Gerichtsbarkeit.

Während des Brückenzeitraums, in dem dieses neue Abkommen vorbereitet und verhandelt wird, wird die Regierung die Umsetzung der in den bestehenden Abkommen vereinbarten Maßnahmen, die mit ihrem Mandat vollständig vereinbar sind, mit Priorität umsetzen. Zusammengefasst handelt es sich hier um mehr als 70% der zuvor insgesamt vereinbarten Maßnahmen. Neue Initiativen der Regierung werden so angelegt, dass sie im Anschluss an die erfolgreichen Verhandlungen in Kraft treten.

8. Fazit

Europa ist vereint und unzertrennbar, und die griechische Regierung sieht Griechenland als dauerhaftes und untrennbares Mitglied der Europäischen Union und der Eurogruppe. Die Regierung sieht sich einer Beziehung zwischen Griechenland und seinen Partnern verpflichtet, die auf gutem Glauben, gegenseitigen Vertrauen und einem gemeinsamen Engagement für das europäische Projekt basiert. Sie ist zuversichtlich, dass eine fest auf dieser Basis beruhende Beziehung der griechischen Wirtschaft wieder auf die Beine helfen und Griechenlands Zukunft als erfolgreiches Mitglied des Euro-Raums verankern kann.

16.2.2015 - REDE VON YANIS VAROUFAKIS AM 16. FEBRUAR 2015 AUF DER SITZUNG DER EUROGRUPPE

Herr Präsident, Liebe

Kollegen,

es ist die Aufgabe dieser Regierung die tiefgreifenden Reformen durchzuführen, die Griechenland braucht um die kombinierten Kräfte der Deflation und der negativen Schuldendynamik zum Stillstand zu bringen, einen von Investitionen getragenen Aufschwung herbeizuführen und dadurch den Nettobarwert der Schuldentilgungen an unsere Kreditgeber zu maximieren.

Die griechische Regierung hält ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Partnern und den Institutionen, an denen sie beteiligt ist, voll und ganz ein. Unser Problem, eine Verpflichtung für das laufende Programm und seinen "erfolgreichen Abschluss" abzugeben, liegt in unserer Einschätzung begründet, dass dieses Programm nicht für eine wirtschaftliche Erholung geeignet und daher sein erfolgreicher Abschluss inhärent unmöglich ist.

Für viele rührt unser Widerstreben, den Satz „das laufende Programm verlängern und erfolgreich abschließen“ zu akzeptieren daher, dass diese Regierung entschlossen ist niemals ein Versprechen abzugeben, das sie nicht halten kann. Wir befürchten, dass, falls wir die Prioritäten und die Matrix des laufenden Programms akzeptieren, und nur innerhalb seiner übergeordneten Logik arbeiten, selbst wenn wir einzelne Aspekte davon ändern, wir die Schulden-Deflations-Spirale noch weiter antreiben, die Unterstützung unseres Volkes verlieren werden, und das Land infolgedessen künftig sehr schwer zu reformieren sein wird. Als kürzlich ernannter Finanzminister eines Landes, das in diesem Raum ein Glaubwürdigkeitsdefizit hat, hoffe ich, dass Sie meinen Widerwillen etwas zu versprechen, von dem ich nicht glaube, dass ich es halten kann, verstehen werden.

Nichtsdestotrotz gibt es vieles, das wir leisten können, das zu unserem beidseitigen Vorteil ist. Um dazu in der Lage zu sein, brauchen wir eine kurzfristige (3-6-monatige) Vereinbarung, die es uns erlauben wird die von Präsident JD und Premierminister AT letzten Donnerstag erwähnte „gemeinsame Ausgangsbasis“ zu schaffen. Keiner hat ein Interesse daran, dass Griechenland in den nächsten Tagen und Wochen aufgrund unseres politischen Versagens durch einen Einbruch der Konjunktur, der Einnahmen und anhaltende Einlagenabflüsse noch mehr geschwächt wird.

Wir brauchen eine Grundsatzvereinbarung, dass der griechische Staat in diesem Zeitraum mit Hilfe eines minimalistischen „Menüs“ finanziert wird, welches das kurzfristige Cashflow Problem löst (z.B. anstelle der Rückzahlungen Griechenlands an den IWF die Überweisung der €1,9 Mrd., die aus der EZB-Gewinn-Rückvergütung zur Zahlung an die griechische Regierung fällig sind; flexible Emergency Liquidity Assistance (ELA), eine Erhöhung der künstlichen Obergrenze für Schatzbriefemissionen etc.) und welche die griechische Regierung zu einer Reihe von Auflagen verpflichtet:

- Die griechische Regierung bekräftigt ihre Verpflichtung zur Einhaltung der Kreditvereinbarungen gegenüber all unseren Kreditgebern
- Die griechische Regierung unterlässt jegliche Handlungen, die den bestehenden Haushaltsrahmen zum Scheitern bringen oder die Auswirkungen auf die finanzielle Stabilität haben könnten

- Die griechische Regierung wird keine Maßnahmen ergreifen, die zu einem Abschlag vom Nominalwert ihrer Darlehen führen

Die griechische Regierung ist zutiefst über die schädlichen Auswirkungen notleidender Kredite auf die Kreditvergabefähigkeit der griechischen Privatbanken an Unternehmen und private Haushalte besorgt und ist daher stark daran interessiert, Mittel zu ihrer Bereinigung unter Nutzung der freien Kapazitäten des Hellenic Financial Stability Fund (HFSF) zu finden. Gleichermaßen wollen wir unbedingt Wege finden, die akkumulierten Strafzahlungen säumiger Steuerzahler, die sich zu €70 Mrd. aufgetürmt haben, abzuschreiben. Die griechische Regierung versteht selbstverständlich, dass solche Abschreibungen so gestaltet werden müssen, dass eine Belohnung strategischer Zahlungssäumiger vermieden und ganz sicher auch eine langfristige Tendenz zur verspäteten Zahlung von Schulden und Steuern verhindert wird. Dennoch sehen wir die großen Bestände an Zahlungsrückständen und notleidenden Krediten als ein Haupthindernis für die wirtschaftliche Erholung. Zu diesem Zweck werden wir den Rat unserer Partner einholen bevor wir entsprechende Gesetze erlassen.

Im Austausch für unsere obige Verpflichtung, die die griechische Regierung für den Zeitraum der Verlängerung/Überbrückung bereit ist einzugehen, sollten unsere Partner folgendem zustimmen, das während desselben Zeitraums gilt:

- Es wird keine Maßnahmen geben, die wir als rezessiv ansehen, wie z.B. Rentenkürzungen oder Mehrwertsteuererhöhungen.

Bezüglich der genaueren Bestimmungen der kurzfristigen Finanzierung oder der oben genannten Auflagen sind wir der Meinung, dass diese technischen Fragen innerhalb von ein oder zwei Tagen gelöst werden können, sofern der politische Wille vorhanden ist. Wie dem auch sei, ich möchte Sie daran erinnern, dass wir über einen kurzen Zeitraum von wenigen Monaten der Stabilität sprechen, der notwendig ist um die Parameter des längerfristigen Rahmens festzulegen, innerhalb dessen sich Griechenland und Europa und der IWF so festlegen werden, dass Griechenland wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad gebracht wird.

Die griechische Regierung ist entschlossen diese wenigen Monate effektiv zu nutzen, und nicht nur Zeit zu gewinnen um wenig zu tun. Wir schlagen vor uns auf eine kleine Anzahl von Reformen zu konzentrieren, die wesentlich sind und mit der Unterstützung der Institutionen sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sofort umgesetzt werden können. Unter anderem beabsichtigen wir:

- Den gordischen Knoten der Bürokratie zu durchschlagen – durch eine Gesetzgebung, die den Abteilungen der öffentlichen Verwaltung verbietet, von Bürgern oder Unternehmen Informationen, Urkunden oder Dokumente einzufordern, die dem Staat bereits vorliegen (und die sich in einer anderen Abteilung befinden)
- Reformen der Steuerbehörden zur Schaffung größerer Unabhängigkeit, Korrektheit und Transparenz
- Schaffung einer effizienten und gerechten Finanzgerichtsbarkeit
- ein modernes Insolvenzsystem
- allgemeine Reformen der Gerichtsbarkeit

- Schaffung eines wettbewerbsfähigen und soliden elektronischen Medienumfelds, das die Transparenz erhöht und Steuereinnahmen für den Staat generiert
- Zerstörung der verschiedenen Kartelle

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Unterschied zu den vorherigen Regierungen werden wir keine Versprechungen machen, von denen wir wissen, dass wir sie nicht erfüllen können. Ich könnte zum Beispiel alle besänftigen, indem ich das €5 Mrd. Privatisierungsziel akzeptiere, nur um eine Einigung zu erreichen. Aber ich weiß, dass ich diese Zusage nicht halten kann. Genauso wie sie vorherige Regierungen in einem Marktumfeld kollabierender Preise nicht halten konnten.

Ähnlich verhält es sich mit den Zwangsversteigerungen notleidender Hypotheken. Unabhängig von unseren ideologischen Differenzen (und ob sie unserer Regierung darin zustimmen, dass Häuser oder Wohnungen von Familien aus ethischen Gründen nicht mitten in einer Depression versteigert werden sollten), bleibt die Tatsache, dass es unsinnig wäre Tausende von Familien zu einer Zeit auf die Straße zu setzen, wenn es keine Käufer gibt und daher solche Zwangsversteigerungen kein Kapital für die Banken generieren, sie die ohnehin schon schreckliche humanitäre Krise noch verschlimmern und letztendlich das, was vom Immobilienmarkt noch übrig ist, zerstören werden.

Um es kurz zusammenzufassen, unsere Regierung ist bereit und willig eine Verlängerung des Darlehensvertrags bis Ende August (oder jede andere von der Eurogruppe als geeignet angesehene Dauer) zu beantragen, einer Anzahl von vernünftigen Auflagen für die Dauer dieses Zeitraums zuzustimmen und ihre feste Zusage für eine vollständige Überprüfung durch die Europäische Kommission am Ende dieser Zwischenperiode zu erteilen – ein Zeitraum, der es Griechenland und seinen Partnern erlauben wird, gemeinsam ein neues Abkommen für den Wohlstand und das Wachstum Griechenlands zu gestalten.

Ich hoffe, dass unsere gemeinsame Grundlage trotz etwaiger Differenzen fest ist und wir im Geiste einer wahren europäischen Kollegialität eine beidseitig vorteilhafte Vereinbarung darauf aufbauen können.

EUROGRUPPEN-TREFFEN – 16. FEBRUAR 2015 - BRÜSSEL **„NON-PAPER“ DER GRIECHISCHEN REGIERUNG**

1. Ergebnis der fachlichen Diskussionen

Am 13. und 14. Februar fand ein Fachgespräch zwischen griechischen Regierungsvertretern und Vertretern der EU Kommission, der EZB und des IMF statt, um einen Grundkonsens zwischen den beiden Parteien zu ermitteln und den Inhalt der aktuellen Absichtserklärung (Memorandum of Understanding, MoU) zu diskutieren.

In Bezug auf strukturelle Reformen wurde ein guter Fortschritt bei der Ermittlung von Bereichen erzielt, in denen die griechische Regierung die bestehende Reformagenda unterstützen kann: Steuerreform, Reform der Finanzverwaltung, Verwaltung der öffentlichen Finanzen, Bekämpfung der Korruption, elektronische Behördendienste, Reform des öffentlichen Auftragswesens, Verbesserung des Geschäftsklimas, Reform des Justizsystems, Umsetzung von EU Rechtsvorschriften zu Netzwerkindustrien und wettbewerbsfähigen Sektoren.

Die neue Regierung wird in den kommenden Wochen Zeit benötigen, um eine detailliertere Beurteilung der laufenden Reformen vornehmen zu können. Die griechische Regierung ist entschlossen, die in diesen Bereichen gemachten Bemühungen fortzusetzen. Sie hält die Beschleunigung der Umsetzung entschlossener politischer Maßnahmen, an deren Umsetzung die vorherige Regierung gescheitert ist, für einen wesentlichen Teil ihres politischen Mandates: die entschlossene Verfolgung von Steuerhinterziehern, die Bekämpfung der Korruption und die Reform der öffentlichen Verwaltung. Sie ist bereit, sich zur kurzfristigen Umsetzung entscheidender politischer Maßnahmen zu verpflichten.

Die Fachgespräche haben gezeigt, dass Meinungsunterschiede in Bezug auf die Logik in einer begrenzten Zahl von Fragen bestehen. Die griechische Regierung betrachtet die laufende Arbeitsmarkt-Reformagenda als ungeeignet für die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Sie wird mit fachlicher Unterstützung durch die ILO einen anderen Ansatz fördern, um den Schutz der Arbeitnehmer in einer mit Wirtschaftswachstum vereinbaren Art und Weise sicherzustellen. Die Regierung wird ebenso bei der Verwaltung öffentlicher Güter einen anderen Ansatz fördern. Privatisierungen werden nicht gestoppt, aber fallweise geprüft werden um ihre Vereinbarkeit mit dem öffentlichen Interesse zu gewährleisten. Ausverkäufe müssen verhindert werden, und ein längerer zeitlicher Horizont, insbesondere im Hinblick auf den Bankensektor, ist in Betracht zu ziehen.

Bezüglich der Reform der öffentlichen Verwaltung unterstützt die Regierung die Ziele, Staatsbetriebe effizienter zu machen und einen effizienteren Staatsdienst zu schaffen, jedoch werden die systematischen Entlassungen aufhören. Im Hinblick auf die Besteuerung wird die Regierung die gegenwärtigen Regelungen überprüfen, um die ärmsten Schichten der Bevölkerung zu schützen. Sie wird die Einkommenssteuerbänder im Hinblick auf eine Erhöhung der Progression überprüfen und die geltende Vermögenssteuer durch eine Reichensteuer ersetzen. Die Reform der Mehrwertsteuer wird überprüft werden.

Die griechischen Regierungsvertreter haben schließlich noch einige Bereiche identifiziert, in denen es zwar eine allgemeine Einigkeit zu den generellen Zielen gibt, wo sie jedoch neue Konzepte zur Erreichung der politischen Ziele des MoU in die Diskussion einbringen möchten. Hinsichtlich der Reform des Bankensektors möchten sie die Schaffung einer Vermögensverwaltungsgesellschaft für notleidende Kredite diskutieren. Zur Förderung von Investitionen stehen für die Regierung die Entwicklung des sozialen Sektors und die Schaffung einer öffentlichen Entwicklungsbank im Vordergrund.

Auf dieser Grundlage sind die griechischen Regierungsvertreter der Ansicht, dass ausreichende Gemeinsamkeiten bestehen, um auf der Basis neuer Sichtweisen und eines vorwärtsschauenden Ansatzes konstruktive Diskussionen mit ihren europäischen Partnern über die Bedingungen einer neuen gemeinsam vereinbarten politischen Agenda zu führen, die die Standpunkte der Regierung in ihrer Gesamtheit umfasst. Die Regierung setzt sich für die Fortsetzung einer Reformagenda ein, die die besten Bestandteile des laufenden Programms und ihrer eigenen Reformagenda beinhaltet. Diese Diskussionen sollten in einem angemessenen Rahmen abgehalten werden, der sich auf die spezifischen Mandate der EZB und der EU Kommission stützt.

2. Schuldentragfähigkeit

Die griechische Regierung ist entschlossen, über die nächsten 10 Jahre weiterhin Primärüberschüsse zu erwirtschaften, um gesunde öffentliche Finanzen sicherzustellen. Jedoch wäre eine Umsetzung der im MoU vorgesehenen Primärüberschussziele kontraproduktiv. Ein Primärüberschuss von 3% 2015 und 4,5% 2016 würde die momentane fragile Erholung gefährden. Darüber hinaus ist es überhaupt nicht erforderlich, die Verschuldung auf einen stetig rückläufigen Pfad zu bringen. Ein Primärüberschuss von 4,5% würde nach unseren Prognosen die Verschuldung bis 2050 vollständig beseitigen. Dies entspricht nicht der Standarddefinition von Schuldentragfähigkeit.

Das laufende Programm setzt das Ziel einer nominalen Schuldenquote von 124% im Jahr 2020, um die Tragfähigkeit und den vollen Marktzugang für 2023, wenn große Fälligkeiten refinanziert werden müssen, zu gewährleisten. Die Regierungsvertreter halten dieses Ziel für künstlich und unangemessen. Wie schon vom Generaldirektor des ESM 2013 dargelegt, ist die Struktur der griechischen Verschuldung zur Beurteilung der Tragfähigkeit ebenso wichtig wie die Schuldenquote. Die langfristigen Fälligkeiten und niedrigeren Zinssätze führen bereits 2015 unter Verwendung von Nettobarwerten (Net Present Value, NPV) zu einer niedrigeren Schuldenquote. Ausgedrückt in NPV steht die Verschuldung bei 135% des BIP und würde unter die Grenze von 120% fallen, wenn der gleiche Primärüberschuss von 1,5% wie in 2014 erzielt würde. Die Regierung wird gerne mit dem IWF und den anderen Institutionen über eine zutreffendere Beurteilung der Schuldentragfähigkeit diskutieren.

Privatisierungserlöse können zur Verbesserung der Schuldenentwicklung beitragen. Allerdings haben die früheren Zusagen durch die vorherige griechische Regierung ihre Ziele verfehlt. Quantitative Ziele sollten realistisch sein. Der Zwangsverkauf öffentlichen Vermögens in einem schwachen wirtschaftlichen Umfeld ist nicht gerechtfertigt.

Die Behörden werden alle Verkaufsprozesse beenden, die nicht im öffentlichen Interesse sind.

3. Deckung des Finanzierungsbedarfs 2015

Der Finanzierungsbedarf im Jahr 2015 und den nächsten Monaten ist ein dringendes und unmittelbares Anliegen.

Haushaltsergebnis

Auf der Einkunftsseite wurde die vorhergehende Periode von politischen Interventionen unterschiedlicher Intensität und aus unterschiedlichen Quellen bestimmt, die Unsicherheit förderten und dadurch die wirtschaftliche Aktivität und die Steuererhebung beeinträchtigten. Das Einnahmendefizit erreichte Ende Januar €2 Mrd. gegenüber der Prognose des Finanzministeriums.

Die Regierung erwägt für 2015 außerordentliche Maßnahmen zur Mobilisierung von Einnahmen. Bis zu €5,5 Mrd. werden im Laufe des Jahres infolge starker Bemühungen in den Bereichen (i) Bekämpfung des illegalen Handels, der Steuerhinterziehung und Korruption (ii) verbesserte Kontrollen von Verrechnungspreisen bei im Ausland tätigen Unternehmen (iii) Reform des Prozesses zur Eintreibung von Rückständen und (iv) Umsetzung einer stärker progressiven Besteuerung der Reichsten erwartet.

Die Regierung sieht einer Beibehaltung eines Primärüberschusses von 1,5% im Laufe des Jahres entgegen. Dieses Ziel ist von der wirtschaftlichen Stabilisierung abhängig. Neue Ausgaben (ein humanitäres Hilfspaket) werden durch eine Umschichtung der Ausgabenprioritäten und Einschnitte bei anderen Haushaltsposten finanziert werden.

Schuldentilgung

Griechenland steht 2015 vor einem außergewöhnlichen Finanzierungsbedarf. Zahlungen an den IMF sowie an die EZB und andere Kreditgeber summieren sich im Laufe des Jahres auf ca. €17 Mrd.

Das Haushaltsdefizit selbst wird auf Kassenbasis nicht viel zu dieser Summe beitragen, insbesondere wenn die Gewinne aus dem Programm für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme, SMP) zu den öffentlichen Einnahmen hinzugerechnet werden.

Um ihren gesamten Refinanzierungsbedarf zu decken schlägt die Regierung vor, Diskussionen mit ihren europäischen Partnern über die Bedingungen eines neuen Vertrages einzuleiten, der einen angemessenen Rahmen für eine fortgeführte Unterstützung durch die EZB und die Mitgliedsstaaten bilden wird. Die mit den drei Partnerinstitutionen geleistete fachliche Vorarbeit hat gezeigt, dass Spielraum für eine neue Vereinbarung besteht. Die Regierung ist zuversichtlich, dass eine frische Sichtweise auf die Analyse der Schuldentragfähigkeit (Debt Sustainability Analysis, DSA) deutlich machen wird, dass die Ziele der Regierung im Plan liegen. Die griechische Regierung ist der Überzeugung, dass eine ganzheitliche Vereinbarung zu strukturellen Reformen

in greifbare Nähe rücken wird, sobald eine Einigung zur gewünschten Struktur der Haushaltskonsolidierung erzielt wurde.

Kurzfristige Überbrückungsfinanzierung

Um kurzfristige Liquiditätsprobleme zu lösen, plant die Regierung eine Vereinbarung über eine gemeinsame Beteiligung des Eurosystems und seines Liquidität-in-Notfällen- (Emergency Liquidity Assistance, ELA) Programms (in Bezug auf die Ausgabe von Schatzwechseln), des IMF durch neue Auszahlungen und der Eurogruppe durch die Erlaubnis der Freigabe der ungenutzten Hellenic Financial Stability Fund (HFSF)-Mittel.

Wir sind zuversichtlich, dass eine solche Vereinbarung auf der Basis der ausreichenden gemeinsamen Grundlagen erreicht werden kann, die mit den drei Institutionen zum Inhalt des aktuellen MoU identifiziert wurden.

Anhang 1: Privatisierungserlöse

Es wird erwartet, dass sich die kumulierten Privatisierungserlöse gemäß IMF bis 2020 auf €22,3 Mrd. belaufen werden. Die griechische Regierung sieht dieses Ziel jedoch als unrealistisch an.

Privatisierungserlöse blieben seit 2011 hinter den Erwartungen zurück

2011, unter dem ersten Programm, wurden in dem mit der Eurogruppe vereinbarten MoU für den Zeitraum 2011-2016 €50 Mrd. an Privatisierungserlösen erwartet, mit einem Zielbetrag von €5 Mrd. für 2011, €10 Mrd. für 2012 und €5 Mrd. für 2013 (€20 Mrd. Gesamterlöse bis Ende 2013 und €35 Mrd. bis Ende 2014).

2012 wurde im zweiten MoU festgehalten, dass das Ziel von €50 Mrd. erhalten bliebe, jedoch über einen viel längeren Zeitraum. Das Ziel für Ende 2020 wurde im April 2014 in Anbetracht des „unbefriedigenden Privatisierungsprozesses“ auf €22 Mrd. herabgesetzt.

Tatsächlich betragen die Privatisierungserlöse 2011 €1,6 Mrd., 2012 €0, 2013 €1,0 Mrd., und für 2014 und 2015 werden €1,5 Mrd. bzw. €2,2 Mrd. erwartet.

Diese Zahlen beweisen, dass Privatisierungen praktisch nicht in der Lage sind, nennenswerte Ressourcen zur Rückzahlung öffentlicher Schulden im gegenwärtigen griechischen Kontext aufzubringen.

Die Absichten der neuen Regierung

Die Absicht der neuen Regierung, den systematischen Ansatz bei Privatisierungen zu stoppen, wird kurz- und mittelfristig in Mindererlösen resultieren, könnte aber letztendlich langfristig zu höheren Erlösen führen, indem Notverkäufe und/oder Veräußerungen von Vermögen, die nicht im Interesse des griechischen Volkes sind, vermieden werden.

Diese neue Einstellung wird zwangsläufig die Schuldentragfähigkeit kurzfristig verschlechtern und verhindern, dass Griechenland das willkürliche Ziel einer Schuldenquote von 124% bis 2020 erreichen wird, aber sie wird zweifellos zur Verbesserung der langfristigen Schuldenentwicklung beitragen.

Im Hinblick auf den Finanzierungsbedarf wurden die Privatisierungserlöse für das Jahr 2015 vom IMF auf €2,2 Mrd. geschätzt. Die Ausschüttung von SMP Gewinnen für 2014 (€1,9 Mrd.) würde es ermöglichen, den Großteil dieser Mindererlöse auszugleichen.

Anhang 2: Schuldentragfähigkeit

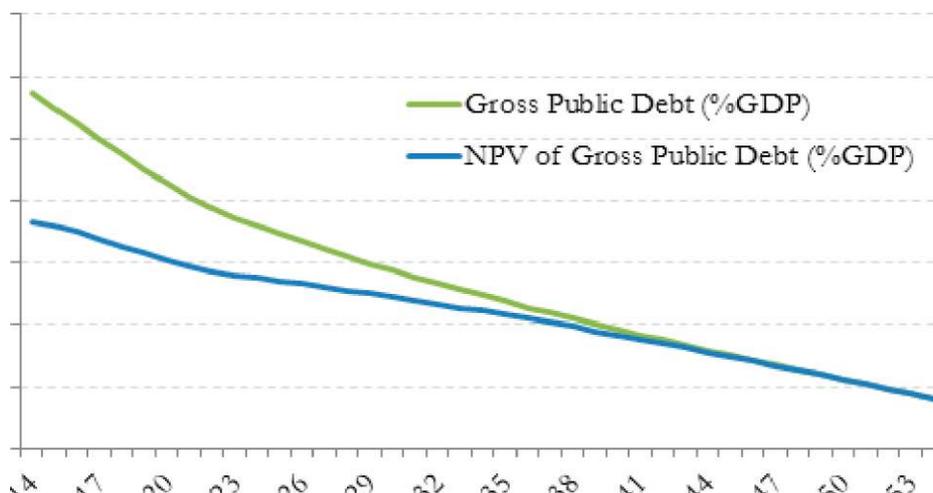
Beim Konzept der Schuldentragfähigkeit geht es darum, die Schuldenquote unter Kontrolle zu halten. Dies erfordert üblicherweise, dass das Defizit niedrig genug ist um zu gewährleisten, dass die Schuldenquote fällt statt ansteigt. Um diesen Schwellenwert berechnen zu können, müssen Annahmen zum Wachstum getroffen werden. Eine Volkswirtschaft mit null (nominalem) Wachstum benötigt einen ausgeglichenen Haushalt. Bei positivem Wachstum ist ein gewisses Defizit mit Solvabilität vereinbar; die Schulden müssen nur langsamer wachsen als das BIP. Im Fall von Griechenland, mit einer Schuldenquote von 175%, würde das Defizit, das die Schuldenquote auf ihrem momentanen Niveau stabilisieren würde, 7% des BIP ($=4\% \cdot 1,75$) betragen, bei Annahme eines konservativen nominalen Wachstums von 4%. Griechenland hat sich bereits besser entwickelt, da 2014 das Defizit unter die Maastricht Zielvorgabe von 3% gefallen ist. Strukturell, d.h. wenn man bei der Messung des Defizits die Produktionslücke berücksichtigt, erwirtschaftet Griechenland tatsächlich einen Fiskalüberschuss von 1,6% (gemäß IWF).

Mit anderen Worten liegt ein 3%-Defizit deutlich innerhalb der konventionell definierten Grenzen der Tragfähigkeit. Aufgrund der Zinslast von heute ca. 3% des BIP und möglicherweise zukünftig 4,5% (sobald die Zinsstundung bei den Europäischen Finanzstabilisierungsfazilitäts-Darlehen (European Financial Stability Facility, EFSF) ausläuft), sollte ein Primärüberschuss von 1,5% ausreichend sein. Die Simulation im Anhang zeigt die rückläufige Schuldenentwicklung bis 2054 unter der Annahme eines konstanten Primärüberschusses von 1,5% des BIP.

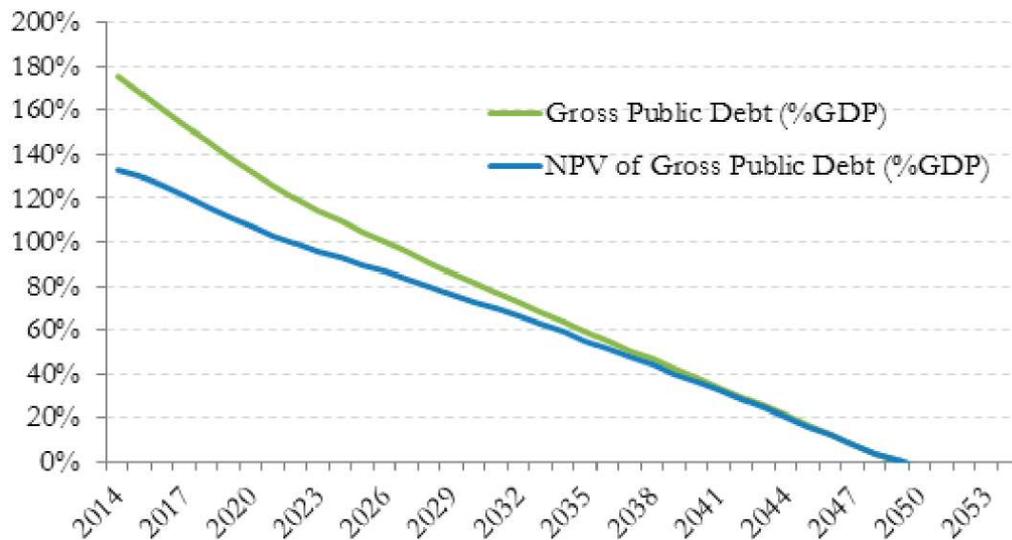
Eine Diskussion mit dem IWF über diese DSA-Themen wäre sehr wichtig. Das Ziel eines Primärüberschusses von 4,5% ist nur erforderlich, um die Schulden unter eine willkürliche Schwelle von 124% bis 2020 (gemäß dem letzten DSA Bericht) und unter 120% bis 2022 zu bringen. Jedoch berücksichtigt der IMF die negativen Wachstumsauswirkungen infolge des zur Erreichung dieses fiskalischen Ziels erforderlichen Austeritätsschocks nicht. Dabei ist das Wachstum des BIP ebenso wichtig, und sogar wichtiger zur Verringerung der Schuldenquote als der Primärüberschuss. Außerdem hätte jeder Versuch, noch weitere Haushaltseinschnitte im aktuellen Kontext einer humanitären Krise und einer leichten wirtschaftlichen Wiederbelebung vorzunehmen, sowohl wirtschaftlich als auch sozial verheerende Auswirkungen. *Ein Missverständnis* Das Missverständnis hinsichtlich der Solvabilität Griechenlands ist darauf zurückzuführen, dass die rigorose 175% Schuldenquote die tatsächliche Belastung der griechischen Wirtschaft durch die öffentlichen Schulden nicht vollständig beschreibt.

Griechenland schuldet dem EFSF momentan ca. €142 Mrd. (75% des vom IMF für 2015 prognostizierten BIP) mit einem Zinssatz von ca. 2,5% und einer Endfälligkeit in 39 Jahren (Tilgung von 2023 – 2054). Diese deutlichen Vorzugsbedingungen der EFSF Darlehen werden in der vom IMF im Fall von Griechenland verwendeten Nominalverschuldung/BIP-Quote nicht erfasst. Die gleiche Analyse könnte für die Darlehen im Rahmen der Griechischen Darlehensfazilität (Greek Loan Facility, GLF) gemacht werden (Zinssatz 50 Basispunkte über Euribor, d.h. momentan 0,65%, und Endfälligkeit 2041). In einem Interview im September 2013 hat der Chef des ESM Klaus Regling die bemerkenswerte Feststellung getroffen, dass die vom IMF durchgeführten DSA Analysen „bedeutungslos“ seien. Ein wesentliches Argument Reglings ist, dass die Schuldenparameter zur Beurteilung der Schuldentragfähigkeit ebenso wichtig seien wie der nominale Schuldenstand selbst: EFSF Kredite sind sehr langfristig, mit einem sehr vergünstigtem Zinssatz, der in Höhe der EFSF Refinanzierungskosten von ca. 2% plus einen Aufschlag für operative Kosten von ca. 50 Basispunkten liegt.

In der Tat würde die Schuldenquote, wenn Griechenlands Verschuldung als Barwert berechnet würde, z.B. mit einem Abzinsungsfaktor von 5%, bereits nur noch 133% des BIP (siehe unten) betragen, und 2020 127% erreichen (wie vom IWF in Nominalwerten erwartet), mit einem stabilen Primärüberschuss von 1,5% des BIP anstelle von 4,5%. Unten zeigen wir die Dynamik der Schuldenquote unter der Annahme eines Primärüberschusses von 1,5% und der konservativen Annahme eines nominalen Wachstums von 4% (unterhalb der Erwartungen des IWF). Mit diesen Annahmen erreicht der Nettobarwert der öffentlichen Verschuldung 2020 120% des BIP.



Wir zeigen unten die gleiche Dynamik unter der Annahme eines langfristigen Primärüberschusses von 4%, wie von der EU gefordert. Unter diesen ungerechtfertigten Annahmen würde sich die Verschuldung dramatisch verringern und innerhalb der nächsten 30 Jahre komplett verschwinden, was nicht der Definition von Tragfähigkeit entspricht.



PRESSEKONFERENZERKLÄRUNG VON YANIS VAROUFAKIS, DIREKT IM ANSCHLUSS AN DAS EUROGRUPPEN-TREFFEN AM 16. FEBRUAR 2015

Ich freue mich berichten zu können, dass die Verhandlungen in einer kollegialen Atmosphäre geführt wurden, und eine einheitliche Zielsetzung deutlich wurde – das Ziel eine gemeinsame Ausgangsbasis über die kommenden 4-6 Monate herauszuarbeiten, um zu einer sinnvollen, nachhaltigen neuen langfristigen Vereinbarung zwischen Griechenland, dem offiziellen Europa und dem IWF zu gelangen. Darüber hinaus habe ich keinerlei Zweifel, dass die Verhandlungen morgen und übermorgen solange fortgesetzt werden, bis eine Vereinbarung vorliegt.

Nun, wenn dem so ist, warum haben wir uns nicht auf ein Kommuniqué einigen können, einen einfachen Satz, mit dem sofort diese festgefahrene Beratungsphase überwunden würde?

Der wahre Grund liegt in einer erheblichen Meinungsverschiedenheit darüber, ob die vor uns liegende Aufgabe darin besteht, ein Programm abzuschließen, für dessen Infragestellung seines Sinns diese Regierung gewählt wurde, oder sich mit seinen Partnern unvoreingenommen zusammensetzen, und dieses Programm zu überdenken, welches nach unserer Auffassung und der Auffassung der meisten klardenkenden Menschen darin gescheitert ist Griechenland zu stabilisieren, das eine schwere humanitäre Krise verursacht hat und eine Reform Griechenlands, die absolut notwendig ist, umso schwerer gemacht hat. Denken Sie daran: eine Schulden-Deflations-Spirale eignet sich nicht für erfolgreiche Reformen der Art, wie sie Griechenland braucht, um nicht länger von den Krediten seiner Partner und der Institutionen abhängig zu sein.

Letzten Mittwoch, im vorhergehenden Eurogruppen-Treffen, haben wir eine eindringliche Forderung zurückgewiesen, uns zur „Verlängerung und zum erfolgreichen Abschluss des aktuellen Programms“ zu verpflichten. Infolge dieser festgefahrenen Situation einigten sich Eurogruppen-Präsident Jeroen Dijsselbloem und der griechische

Premierminister Alexis Tsipras am folgenden Nachmittag (letzten Donnerstag, und vor dem Gipfel) auf ein gemeinsames Kommuniqué, wonach die beiden Seiten versuchen würden „Gemeinsamkeiten zwischen dem aktuellen Programm und den Plänen der neuen Regierung für einen Neuen Vertrag mit Europa zu finden“.

Dies war ein wirklicher Durchbruch, der eine Brücke zwischen dem laufenden Programm und dem neuen Vertrag, den wir mit unseren Partnern abschließen wollen, gebaut hat.

Heute Nachmittag gab es einen weiteren Durchbruch. Vor dem Eurogruppen-Treffen habe ich mich mit Herrn Moscovici getroffen, dem ich für seine äußerst positive Rolle in diesem Prozess danken will, und der mir den Entwurf eines Kommuniqués vorgelegt hat (siehe Anhang 3), das ich, wie ich ihm gesagt habe, auf der Stelle unterschreiben würde – da es die humanitäre Krise anerkennt und von einer Verlängerung des laufenden Kreditvertrags spricht, beispielsweise in Form eines [4-monatigen] Zwischen-Programms, als Übergangsphase zu einem neuen Wachstumsvertrag für Griechenland, der während dieser Phase beraten und abgeschlossen wird. Es wurde darin auch festgestellt, dass die Europäische Kommission Griechenland fachliche Unterstützung zur Verfügung stellen würde, um die Umsetzung von Reformen zu stärken und beschleunigen, und die Troika damit zu ersetzen.

Auf der Basis dieser Übereinkunft zwischen uns und der Kommission haben wir sehr gerne die Verlängerung des Kreditvertrags beantragt, wobei wir die folgenden Auflagen angeboten haben:

- Bekräftigung der Verpflichtung zur Einhaltung der Kreditvereinbarungen gegenüber all unseren Kreditgebern
- Unterlassen jeglicher Handlungen, die den bestehenden Haushalts-rahmen zum Scheitern bringen oder die Auswirkungen auf die finanzielle Stabilität haben könnten

Unsere einzige Bedingung für die Gegenseite war, dass wir nicht dazu aufgefordert werden sollten Maßnahmen zu erlassen, die rezessiv wirken – wie z.B. Rentenkürzungen oder Mehrwertsteuererhöhungen.

Leider wurde dieses schöne Dokument nur Minuten vor dem Eurogruppen-Treffen vom Eurogruppen-Präsidenten durch ein anderes Dokument ersetzt, das uns nicht einmal zum Stand von letzten Donnerstag zurückbrachte, sondern in der Tat zum Stand von letztem Mittwoch, als wir unter Druck gesetzt wurden einer Verlängerung nicht des Kreditvertrages sondern des Programms selber zuzustimmen, wobei uns nur die nebulöse Zwei-Wort-Phrase „gewisse Flexibilität“ angeboten wurde. Als wir fragten, was das bedeutete, bekamen wir keine konkrete Antwort. Bedeutete dies, dass in den nächsten Monaten die Renten gekürzt würden, aber nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Maß? Oder gar nicht?

Unter diesen Umständen war es für die griechische Regierung, trotz unseres unendlichen guten Willens, unmöglich das angebotene Kommuniké zu unterschreiben.

Und so gehen die Diskussionen weiter. Wir sind bereit und gewillt alles in unserer Macht stehende zu tun um in den nächsten Tagen zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung zu gelangen. Unsere Regierung wird all die Bedingungen akzeptieren, die sie erfüllen kann und die nicht zur Verlängerung der langen Krise unserer Gesellschaft beitragen.

Niemand hat das Recht auf eine Pattsituation hinzuarbeiten – insbesondere wenn sie für alle Menschen Europas schädlich ist.

Anhang 3 (Junker-Moscovici Entwurf hier) Anhang 3 (Dijsselbloem Entwurf hier)

Παράρτημα Ι- Προσχέδιο Moscovici

15. Februar - Geschäftsschluss

Heute hat sich die Eurogruppe einen Überblick über die aktuelle Lage in Griechenland verschafft, aufbauend auf einem intensiven Dialog zwischen der neuen griechischen Regierung und den Institutionen. Die griechischen Regierungsvertreter haben sich zu einem breiteren, sozial gerechten und stärkeren Reformprozess bekannt, der die dauerhafte Verbesserung der Wachstumsaussichten zum Ziel hat. Insbesondere hat sich die hellenische Regierung verpflichtet, lange überfällige Reformen zur Bekämpfung der Korruption und der Steuerhinterziehung und zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung auf den Weg zu bringen. Sie verkündete ihre Absicht dringende Maßnahmen zur Gewährleistung eines gerechteren und effektiveren Steuersystems und zur Eindämmung der humanitären Krise zu ergreifen. Sie wird sicherstellen, dass durch jegliche neue Maßnahmen die bestehenden Zusagen nicht rückgängig gemacht werden, und dass sie vollständig finanziert sind. Sie wird einseitiges Vorgehen unterlassen und in enger Abstimmung mit ihren europäischen und internationalen Partnern arbeiten.

Griechenland wird seine gegenüber Partnern eingegangenen Verpflichtungen zur Sicherstellung gesunder und nachhaltiger öffentlicher Finanzen einhalten, indem erhebliche Primärüberschüsse erwirtschaftet und dann beibehalten werden. Ob die Erreichung des Haushaltsziels für 2015 realisierbar ist, wird vor dem Hintergrund der sich entwickelnden wirtschaftlichen Umstände beurteilt werden. Maßnahmen zur Verringerung der Schuldenlast und zur Erreichung einer weiteren glaubwürdigen und nachhaltigen Reduzierung der griechischen Schuldenquote sollten im Einklang mit der Verpflichtung der Eurogruppe vom November 2012 geprüft werden. Gleichzeitig haben die griechischen Regierungsvertreter ihre eindeutige Verpflichtung zur Einhaltung ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenüber all ihren Kreditgebern bekräftigt.

Das oben genannte stellt die Grundlage für eine Verlängerung des laufenden Kreditvertrages dar, beispielsweise in Form eines [4-monatigen] Zwischenprogramms, als Übergangsphase zu einem neuen Wachstumsvertrag für Griechenland, der während dieser Phase beraten und abgeschlossen werden wird. Wenn es als sinnvoll erachtet wird, wird die Europäische Kommission Griechenland fachliche Unterstützung zur Verfügung stellen, um die Umsetzung von Reformen zu stärken und beschleunigen. Die Eurogruppe lädt die Institutionen dazu ein, ihre fachliche Arbeit mit den griechischen Behörden fortzusetzen, einschließlich der Identifizierung des Bedarfs an Zwischenfinanzierungen, wie dieser abgedeckt werden könnte und mit welchen angemessenen Konditionen. Die Institutionen werden der Eurogruppe bis zum [21.] Februar Bericht erstatten.

16. Februar 2015 [14:45]

Vorläufig und vertraulich

[Entwurf] Stellungnahme der Eurogruppe zu Griechenland

Die Eurogruppe bekräftigt ihre Wertschätzung der von Griechenland und dem griechischen Volk in den letzten Jahren unternommenen bemerkenswerten Anpassungsbemühungen. In der letzten Woche hat ein intensiver Dialog zwischen der Eurogruppe und den Institutionen mit der neuen griechischen Regierung stattgefunden.

Die griechische Regierung brachte ihre feste Entschlossenheit zu einem breiteren und tiefer gehenden Reformprozess zum Ausdruck, der die dauerhafte Verbesserung des Wachstums und der Beschäftigung, der Zukunftsperspektiven, [der sozialen Gerechtigkeit] sowie die Gewährleistung der Stabilität und Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors zum Ziel hat. Insbesondere verpflichtet sich die griechische Regierung zur Umsetzung lange überfälliger Reformen zur Bekämpfung der Korruption und Steuerhinterziehung, und zur Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig bekräftigten die griechischen Regierungsvertreter ihre eindeutige Verpflichtung ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber all ihren Kreditgebern nachzukommen. Die griechische Regierung wird die weiterhin bereitgestellte fachliche Unterstützung auf die effizienteste Art und Weise nutzen.

Wir diskutierten die politischen Prioritäten der neuen Regierung auf der Basis der von den Institutionen und den griechischen Regierungsstellen geleisteten Arbeit. Wir begrüßten die Tatsache, dass in einigen Bereichen die griechischen politischen Prioritäten zu einer Stärkung und besseren Umsetzung des laufenden Finanzhilfeprogrammes beitragen können. Die griechischen Regierungsvertreter haben angedeutet, dass sie beabsichtigten das Programm erfolgreich abzuschließen, unter Berücksichtigung der Pläne der neuen Regierung. In diesem Kontext beabsichtigen wir die im laufenden Programm bereits eingebaute Flexibilität bestmöglich zu nutzen. Die griechische Regierung gab eine feste Zusage einseitiges Vorgehen zu unterlassen und sie wird in enger Abstimmung mit ihren europäischen und internationalen Partnern arbeiten, insbesondere in den Bereichen Steuerpolitik, Privatisierung, Arbeitsmarktreformen, Finanzsektoren und Renten.

Die griechische Regierung hat sich verpflichtet, angemessene Primärüberschüsse und die Finanzierung des Haushalts sicherzustellen um die Schuldentragfähigkeit gemäß den in der Eurogruppen-Stellungnahme vom November 2012 vereinbarten Zielen zu gewährleisten. Darüber hinaus sollten jegliche neue Maßnahmen finanziert sein und die finanzielle Stabilität nicht gefährden.

Auf dieser Grundlage brachten die griechischen Regierungsvertreter ihre Absicht zum Ausdruck, eine sechsmonatige technische Verlängerung des laufenden Programms als einen Zwischenschritt zu beantragen. Dies würde die Zeit überbrücken, während der die griechischen Behörden und die Eurogruppe an einer Nachfolgevereinbarung arbeiten. Wir vereinbarten auch, dass der IWF weiterhin seine Rolle in dieser neuen Vereinbarung spielen wird. Die Eurogruppe steht dem Antrag der griechischen Behörden wohlwollend gegenüber.

Darüber hinaus wurden wir von der Europäischen Kommission, der EZB und dem IMF informiert, dass eine Verlängerung des Bereitstellungszeitraums der EFSF Anleihen im HFSF Puffer um sechs Monate sinnvoll wäre, parallel zur Verlängerung des EFSF Programms. Die Eurogruppe steht einer solchen Verlängerung wohlwollend gegenüber. Der EFSF kann auf Antrag Griechenlands die nötigen Vorkehrungen treffen. Die Eurogruppe betont, dass diese Mittel zur Rekapitalisierung der Banken und für Abwicklungskosten verwendet werden können, und nur auf der Basis einer Beurteilung durch die Institutionen und einer Entscheidung der Eurogruppe freigegeben werden.

Wir werden Griechenland weiterhin angemessen unterstützen, bis es seinen vollen Marktzugang wieder erreicht hat, solange es seinen Verpflichtungen innerhalb des vereinbarten Rahmens nachkommt.